

Antrag
der Fraktion der SPD

Sofortmaßnahmen gegen die Krise von Kur und Rehabilitation

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Krise in den Heilbädern, Kurorten und Reha-Kliniken schreitet fort. Bereits mehr als 250 Kliniken sind geschlossen. Kurbetriebe und Kliniken als Leistungserbringer stehen vor dem Ruin.

Die Gefahr für die Gesundheit ist groß: Maßnahmen werden aufgeschoben; Krankheiten verschleppt. Besonders stark sind Krebspatienten und Mütterkuren betroffen. Die Zahl von Patienten mit ausgeprägten Krankheitsbildern ist deutlich angestiegen; die Zeiten von Arbeitsunfähigkeit vor Beginn einer Reha-Maßnahme steigen an.

In den deutschen Kurorten und Heilbädern sind schwerwiegende Schädigungen der Wirtschaftskraft zu verzeichnen. Besonders schwer lastet die Krise auf dem Arbeitsmarkt. Die Situation für die Beschäftigten ist auch weiterhin durch Stilllegungen von Kliniken und Betrieben und durch Entlassungen gekennzeichnet. Mehr als 80 000 Beschäftigte im Kur- und Reha-Wesen sind arbeitslos.

Ein neuer Anfang für Prävention und Rehabilitation, neue Perspektiven für die Beschäftigten sind dringend notwendig.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, dringend ein Sofortprogramm zur Rettung der deutschen Kurorte und Heilbäder vorzulegen, das folgenden Maßnahmen enthält:

1. Rücknahme der Zuzahlungserhöhungen bei Reha-Maßnahmen; Aufhebung der Begrenzung des Tageszuschusses bei ambulanten Vorsorge- und Reha-Kuren;
2. Aufhebung der starren Reha-Fristen von drei Wochen und vier Jahren und Änderung dieser Reha-Fristen nach medizinischer Indikation;
3. Budgetierung der Mittel für Rehabilitation in der gesetzlichen Rentenversicherung auf das Jahr 1994 gemäß den Vorschlägen der Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg;

4. sofortige aktive Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Zugangs zur Rehabilitation durch Förderung trägerübergreifender und anbieterneutraler Informations- und Koordinationsstellen;
5. aktive Unterstützung der Vermarktung von Kur- und Rehabilitationsangeboten der Kurorte und Heilbäder.

Bonn, den 29. April 1998

Rudolf Scharping und Fraktion